



DIE STADTGESTALTER

politisch aber **parteilos**

Ergänzungsantrag zu Beschlussvorlage 20142244

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um einen neuen Punkt 5 mit folgendem Wortlaut ergänzt: "Außerdem wird ein externer Berater beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Präsidium der SBO ein Sanierungskonzept sowie ein alternatives Ausstiegskonzept zu erstellen. Das Ausstiegskonzept soll einen möglichst kostengünstigen Weg aufzeigen, wie die Stadt den Betrieb der bestehenden Seniorenwohnheime durch Verkauf, Auslauf, Schließung oder weitere Maßnahmen sozialverträglich für Bewohner und Mitarbeiter kurz bis mittelfristig aufgeben kann. Über die Umsetzung der vorgeschlagenen Konzepte entscheidet abschließend der Rat."

Folgender Satz wird dafür unter Punkt 3 gestrichen: "Außerdem wird ein externer Berater beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Präsidium der SBO ein Sanierungskonzept zu erstellen, über das der Aufsichtsrat abschließend entscheidet."

Begründung

In den letzten 8 Jahren hat der Betrieb der Seniorenheime den Stadthaushalt mit über 30 Mio. Euro belastet. Eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Die Heizkosten im Seniorenwohnheim am Glockengarten liegen bei 400.000 Euro pro Jahr für nur 240 Bewohner. Für das Heim Grabelohstraße zahlt die Stadt an den privaten Investor, der es erbaut hat, fast 1,4 Mio. Euro Miete pro Jahr, kann aber nur Erträge von unter 1 Mio. erwirtschaften. Auch liegen die Personalkosten deutlich über denen der von karitativen oder privaten Einrichtungen betriebenen Heimen.

Die Stadt subventioniert daher heute jeden Heimplatz mit 540 Euro pro Monat. Zudem kostet die Pflege z.B. im Katharinvon BoraHaus am Stadtpark bei Pflegestufe III inkl. Investitionskosten 3.872 Euro pro Monat, im städtischen Glockengarten 4.180 Euro. Das sind 310 Euro pro Monat mehr für den Senioren, der im städtischen Heim wohnt. Die Leistungen in den städtischen Heimen ist trotz der höheren Preise und Kosten nicht besser als in denen karitativer oder privater Träger.

Eine Rechtfertigung, warum die Stadt Seniorenwohnheime betreiben soll, wenn karitative Einrichtungen oder private Träger sie ohne dauerhafte wirtschaftliche

Verluste und mindestens auf dem gleichen Standard für die Bewohner betreiben können, besteht nicht.

Weitere Investitionen in die sanierungsbedürftigen städtischen Heime werden kurz- und mittelfristig die wirtschaftliche Lage der SBO weiter negativ beeinflussen. Ob langfristig durch die geplanten Neubauten jemals mindestens ein ausgeglichenes wirtschaftliches Ergebnis erreicht werden kann, ist zumindest fraglich.

Seit Jahren betreibt die Stadt die Seniorenheime auf Kosten der nachfolgenden Generationen. Die Kosten werden nicht, wie im Generationenvertrag vereinbart, von der Kindergeneration für ihre Eltern getragen. Durch die erforderliche städtische Neuverschuldung, mit der die Verluste der SBO ausgeglichen werden müssen, drückt sich die Kindergeneration um die Begleichung der Kosten und bürdet sie zu einem nicht unwesentlichen Teil der Enkel- und Urenkelgeneration auf. Diese sollen für ihre Groß- und Urgroßeltern die Kosten für die Seniorenheime mit übernehmen. Einer solchen Vorgehensweise haben unsere Kinder und Enkelkinder nicht zugestimmt, sie unterläuft den Generationenvertrag. Ein Betrieb von Seniorenwohnheimen auf Kosten nachfolgender Generationen ist unsozial.

Somit darf es bereits in wenigen Jahren zu keinen Verlusten der SBO mehr kommen. Es soll daher durch einen externen Unternehmensberater geprüft werden, ob dieses Ziel besser durch eine Restrukturierung der SBO oder einen Ausstieg der Stadt aus dem Betrieb der Seniorenwohnheime erreicht werden kann.

The image shows a handwritten signature in black ink. The signature is written in a cursive style and appears to read 'Volker Steude'. The first name 'Volker' is written in a more upright, blocky cursive, while the last name 'Steude' is more fluid and slanted.

Dr. Volker Steude
STADTGESTALTER